

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim August 2017, 27. Jahrg.

Neue Sicherheit für Schulkinder

Fahrradweg zwischen Schwanebeck und Bernau wird gebaut



Ohne die Hartnäckigkeit von Christel Zillmann (Bildmitte), Gemeindevertreterin in Panketal und der Bürgerinitiative „Pro Radwegbau“ würde es den Radweg zwischen Schwanebeck und Bernau wohl nicht geben – oder zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt. Über 10 Jahre hat es gebraucht bis die Mitunterstützer am 23. Juni auf dem ersten Teilabschnitt stehen konnten. Mit dabei: Ralf Christoffers (ganz links), der sich sowohl als Landtagsabgeordneter der LINKEN als auch als Wirtschaftsminister für den Radweg eingesetzt und die Finanzierung über die EU ermöglicht hat. Weiter auf dem Foto, v.l.n.r.: Dieter Schwertner, Sigrid Zehms, Sabine Rädtsch (verdeckt), Mitglieder der Bürgerinitiative, Rainer Fornell, Bürgermeister Panketal, Britta Stark, Landtagspräsidentin, Andreas Schade, Landesbetrieb Straßenbau; Fotos dieser Seite: lk, privat

Andreas Büttner: Bundestagskandidat der LINKEN

Für den Wahlkreis 57 wurde am 5. Juli ein neuer Kandidat gewählt

Von Margitta Mächtig

Einen neuen Bundestagskandidaten wählte die gemeinsame Mitgliederversammlung der LINKEN des Wahlkreises 57 (Oberbarnim/Uckermark) am 5. Juli. Dafür hatten sich gleich drei Kandidaten vorgestellt. Andreas Büttner aus Templin, Peter Höffner aus dem Amt Gartz und Niels Neudeck aus Wandlitz. Alle drei stellten sich vor, erläuterten ihre Motivation zur Kandidatur und ihre Schwerpunkte der politischen Arbeit. Dann wurden sie von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern befragt. Insbesondere an den von den beiden Kreisvorständen Uckermark und Barnim vorgeschlagenen Kandidaten Andreas Büttner gab es zahlreiche Fragen. Dies verwunderte nicht, schließlich war er vielen noch als Fraktionsvorsitzender der Land-

tagsfraktion der FDP bekannt. Offen und ehrlich und immer verbunden mit den eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen beantwortete er die Fragen und machte deutlich, dass seine Entscheidung, im Jahr 2015 in DIE LINKE einzutreten, Ergebnis eines langen Suchens war und er weiß, dass er in dieser Partei angekommen ist. Er ist Mitglied der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung Templin und „sein“ Fraktionsvorsitzender machte deutlich, dass Andreas Büttner ein zuverlässiger und sehr engagierter Mitstreiter in der Stadtfraktion ist und sie sehr froh sind, dass er nun auch für den Bundestag kandidiert.

Andreas Büttner ist in Berlin als Polizist tätig und ehrenamtlich in der Arbeitsgemeinschaft „LINKE Polizisten“ im Landesverband Brandenburg aktiv. Er engagiert sich auch

international, zum Beispiel für Waisenkinder auf den Philippinen und für freundschaftliche Beziehungen

zu Israel. Letztlich wurde er mit 80 Prozent der anwesenden Stimmberechtigten gewählt und ist damit für die Bundestagswahl nominiert.

Zum Wahlkreis 57 gehören innerhalb des Barnim: Eberswalde, Wandlitz, Amt Biesenthal-Barnim, Amt Joachimsthal, Amt Britz-Chorin-Oderberg, Gemeinde Schorfheide.



Andreas Büttner.

In dieser Ausgabe

Trödel

gab es erneut um den „Langen Trödel“. **2**

10 Millionen Euro

sollen in den ländlichen Raum des Barnim investiert werden, meinen die LINKEN. **3**

In Panketal

wird die Bibliothek erweitert ... **4**

Ahrensfelde

braucht neue Schulen und eine Lösung des Verkehrsproblems. **5**

Es war wieder schön – LINKE können feiern.

Eindrücke vom Pressefest der kleinen Zeitungen in Bernau. **6/7**

In Wandlitz

können die LINKEN feiern und Politik, mit Bundestagskandidat Andres Büttner. **8**

Bernau

ist nun Stadt des Weltkulturerbes. **9**

Willst Du mit mir gehen?

... am besten mit der LINKEN. Neugierig? Dann: **10**

Wert des öffentlichen Dienstes

Brandenburger Beamte erhalten mehr Geld. **11**

kleine
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie auf: www.kleinezeitungen.de

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADEDIGZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

G20 und wie weiter?

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der Barnimer LINKEN

Die 20 wirtschaftlich stärksten Länder der Welt sollten sich in eigentlich nicht legitimierter Runde in Hamburg treffen und wollten das Klima retten, die Armut bekämpfen und endlich den Welthunger stoppen. Wir müssen eine weltweite solidarische Politik entwickeln, statt weiterhin den Freihandel und die neoliberale Form der Globalisierung zu forcieren. Derzeit fehlen vier Milliarden Euro, um über 25 Millionen Menschen in den afrikanischen Ländern vor dem Hungertod zu retten, während allein die NATO-Staaten jährlich fast 900 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben: Diese antihumane und

Kommentar

zynische Politik der Aufrüstung muss beendet werden, hier wären die G20-Staaten gefordert gewesen, endlich Abrüstungsinitiativen zu ergreifen. Und was kam raus?

Nichts. Aber irgendwie doch sehr viel. Krawalle überschatteten dieses Treffen. Um es gleich am Anfang zu betonen, es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt. Wer Autos anzündet, Fensterscheiben einschlägt oder Läden plündert ist nicht links, sondern einfach nicht zurechnungsfähig. Jetzt aber sind es „die Linken“, die an allem Schuld sind, die die wirkliche Gefahr sind. Es soll Protest delegitimiert werden, alle Demonstranten sollen in die Ecke der Straftäter und Bösewichte gestellt werden. Es muss aber weiterhin erlaubt sein, friedlich zu demonstrieren – es ist das Fundament unserer Demokratie. Und das darf nicht auf dem Silbertablett der konservativen Hardliner geopfert werden. Wir können uns nicht zu Recht über Erdogan beschweren und dann ähnliches Vorgehen in Hamburg rechtfertigen. Wir brauchen eine schnelle Aufklärung der Vorfälle in Hamburg. Straftäter müssen zur Rechenschaft gezogen werden und die Fehler der Polizeiführung auf den Tisch. Es darf nicht sein, dass friedliche Demonstranten Opfer von Gewalt werden und die Polizeieinheiten wegen einer falschen Strategie verheizt werden.

Trödel um den „Langen Trödel“

Aufregung bei Bündnis 90/Die Grünen auf dem Juni-Kreistag

Von Hans-Jürgen Müller

In der Diskussion um „Zuwendungen des Landkreises bei Übernahme der Schleusen am Finowkanal“ auf dem Kreistag am 14. Juni äußerte sich als Miteinreicher der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Herr Böhmer. Er informierte die Abgeordneten des Kreistages zu Problemen am „Langen Trödel“. Es war in der Sache unpassend, jedoch fachlich richtig. Er warf der Kreisverwaltung und damit auch der Unteren Naturschutzbehörde vor, Baumfällungen außerhalb der dafür möglichen Zeiten realisiert zu haben. Aus meiner Sicht war diese Äußerung berechtigt. Es hätten die Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht in der Phase der Winterruhe erledigt werden können und müssen!

Für mich ergeben sich daraus folgende Schlussfolgerungen: Erstens gehört der „Lange Trödel“



Beschädigungen am Baumbestand am „Langen Trödel“

Foto: hjm

grundsätzlich erst einmal nicht zum Finowkanal und hätte auch nicht in die Diskussion zu oben genanntem Tagesordnungspunkt gehört. Zweites musste ich bei meiner Besichtigung am 15. Juni bis hinter den Ortsausgang von Zerpenschleuse in Richtung Liebenwalde feststellen, dass „nur“ an Uferstellen im nördlichen Bereich

des „Trödel“ eine größere und zwei kleinere Beschädigungen des Baumbestandes stattfanden. Unmöglich von den Verursachern, für mich Stümper.

Das heißt für mich im Umkehrschluss, dass wohl im Oberhavelländischen Bereich die Hauptbeschädigungen sein müssten. Das liegt jedoch in Verantwortung des Nachbarkreises.

Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration in Zepernick, Schönower Straße 59 ein: Am **27. September** kann ab 19 Uhr in lockerer Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Bereits **am 14. August** um 19 Uhr findet eine Mitgliederversammlung der Panketaler LINKEN im Rathaussaal, Schönower Str. 105, statt.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

Kreisvorstand: 6. September, Eberswalde

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de

28. August und 11. September, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 20. September, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Wahlkreisbüro Margitta Mächtigt: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, 11. und 25. September, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 28. September, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: Fraktion vor Ort: 20. September, 18 Uhr, Waldsiedung
www.linksfraktion-bernau.de

Stadtverordnetenversammlung: 14. September, 16 Uhr, Stadthalle Bernau,
E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: 13. September, 19 Uhr, Rathaussaal, Schönower Straße 105, Gemeindevertreterversammlung: 25. September, 19 Uhr, Rathaussaal

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Gemeindefraktion Ahrensfelde: 14. September, 18.30 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 18. September, 19 Uhr, Rathaus, Raum 106

Regionalgruppe Cuba si: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 4. August und 1. September, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt:

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

download: www.dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtigt (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Bunter Hund

Auflage: 50.000

nächster Redaktionsschluss:
28. August 2017

nächster Erscheinungstermin:
13. September 2017

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

10 Millionen Euro für ländliche Entwicklung

Klausur der Kreistagsfraktion der LINKEN vom 23. bis 25. Juni

Von Lutz Kupitz,
Vorsitzender der Kreistags-
fraktion der Barnimer LINKEN

Auf ihrer jährlichen Klausurtagung diskutierte die Kreistagsfraktion der LINKEN vom 23. bis 25. Juni gemeinsam mit Vertretern des Kreisvorstandes die Vorbereitung des Doppelhaushaltes 2018/2019 für den Barnim. Dieser Haushalt wird einige Besonderheiten aufweisen. Er ist der letzte Haushalt der Wahlperiode und möglicherweise – wegen der bevorstehenden Verwaltungsstrukturreform – auch der letzte Haushalt des Kreises Barnim. Zweifellos ist er auch davon geprägt, dass der Barnim in einer finanziell guten Situation ist. Dies ist Anlass für die LINKE, ihre Schwerpunkte in die Haushaltsdiskussion einzubringen und eigene Akzente zu setzen. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Schwerpunkte Schulentwicklung, Öffentlicher Personennahverkehr, Umsetzung des Radwegekonzeptes und ländliche Entwicklung kann die Fraktion guten Gewissens unterstützen, da sie im Wesentlichen auch die Schwerpunkte sind, die sich im Wahlprogramm der LINKEN wiederfinden. Gerade bei den drei erstgenannten Themen wird es darauf ankommen, die Vorschläge der Verwaltung zu prüfen, sobald sie vorliegen, und wenn nötig, mit eigenen Schwerpunkten zu untersetzen.

Bei der Frage der Entwicklung der ländlichen Räume will die Fraktion eine deutliche Aufstockung der Gelder erreichen. Hintergrund dafür ist die Diskussion um die Mittel, die dem Kreis zur Verfügung stehen (siehe OW Juni). Mit Recht haben die Gemeinden in den berlinfernen Regionen eine größere Unterstützung für ihre Gemeinden gefordert. In einem Schreiben von Amtsdirektoren

machten sie deutlich, dass die dort anstehenden Fragen wichtig für die Gesamtentwicklung des Kreises sind. Die LINKE wird deshalb unter anderem mit folgendem Vorschlag in die weitere Haushaltsdiskussion gehen:

Aus den dem Kreis zur Verfügung stehenden Geldern soll ein Investitionsfonds in Höhe von 10 Millionen Euro aufgelegt werden, der es den Kommunen in den berlinfernen Regionen ermöglicht, notwendige Aufgaben zu erfüllen. Angelehnt an die Vorschläge von Amtsdirektoren des Barnim soll der inhaltliche Rahmen

LEADER ist ein Programm der Europäischen Union, mit dem innovative Modelle im ländlichen Raum gefördert werden.

für die Investitionsmittel die Bereiche Schulen, Kita/Senioren, ländliche Infrastruktur (z.B. Radwege) umfassen. Dazu sollen von den Kommunen Projektvorschläge unterbreitet werden. Maßstab muss es sein, dass den Kommunen ein unkomplizierter Zugang zu diesen Geldern gewährt wird und sie im Rahmen dieser Bereiche frei in

den Festlegungen für den Einsatz der Mittel sind. Die Gelder sollen sowohl als direkte Zuwendung des Kreises oder zur Kofinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Um die unnötige Erarbeitung neuer Förderrichtlinien zu vermeiden, schlägt die LINKE vor, die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Barnim e.V. mit einer Bewertung der Projekte zu beauftragen.

Warum gerade die LAG Barnim? Anfang 2007 haben sich im Landkreis Barnim lokale Akteure zu der lokalen Aktionsgruppe (LAG) Barnim

zusammengeschlossen, um auf Grundlage des LEA-

DER-Wettbewerbs des Landes Brandenburg eine neue Strategie für die ländliche Entwicklung aufzustellen. Die LAG Barnim hat die Aufgabe, die Umsetzung dieser Strategie zu begleiten und eine integrierte und nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum zu fördern.

In der LAG sind alle Kommunen

des Kreises vertreten, so dass dort ein Interessenausgleich möglich ist. Gleichzeitig verfügt die LAG über die Voraussetzungen, Projekte zu begleiten, zu bewerten und zu initiieren. Mit der Einbindung der LAG bestehen also die besten Voraussetzungen, den Kommunen unbürokratische Rahmenbedingungen zu schaffen. Die von der LAG vorgeschlagenen Projekte sollen dann in den Ausschüssen des Kreistages zur Bestätigung vorgelegt werden. Mit dieser Herangehensweise sind es die Akteure selbst, die über Investitionen in ihrer Region entscheiden können.

Darüber hinaus wird die LINKE den Vorschlag unterstützen, den sogenannten Teilraumorganisationen des Kreises (Geopark Eiszeitland am Oderrand e.V., Naturpark Barnim mit der KAG Heidekrautbahn, Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.) weiterhin Mittel zur Verfügung zu stellen.

Alles in allem werden mit den gesetzten Schwerpunkten die Zielstellungen der LINKEN zur Sicherung einer gleichwertigen Entwicklung aller Regionen des Kreises unterstützt.



Die „Blockpackung“ im Geopark „Eiszeitland“ gehört – im verwaltungsdeutsch – zu den Teilraumorganisationen des Barnim und soll nach Auffassung der LINKEN langfristig finanziell abgesichert werden. Foto: H.-J. Müller

Wollen Sie Andreas Büttner treffen?



Kontakt über homepage:
andreasbuettner.info

Wollen Sie die Bundestagskandidatin Kerstin Kühn treffen?

7. August, 14 Uhr, Barnau, Treff 23, Breitscheidstr. 43
Veranstaltung des Blinden- und Sehschwachenverbandes

12. August, 10 Uhr, Schönfelder Weg, Baustellenzufahrt „Pankebogen“, Besichtigung des neuen Wohngebietes

15. August, 9 bis 11 Uhr, Barnau, Markt, „Rotes Frühstück“ im Rahmen der „Sprechstunden unter freiem Himmel“ (alle Termine unter www.dielinke-Barnim.de)

19. August, 10 Uhr, Barnau, Treff 23, Veranstaltung mit Jan van Aken (siehe Seite 10)

19. August, 14.30 Uhr, Sommerfest Urania, Barnau, Eberswalder Str. 9

30. August, 10 Uhr Barnauer Tafel, 11.30 Uhr Seniorenheim „Regine Hildebrandt“

1. September, ab 5.30 Uhr, Barnau, Bahnhof, „Kaffee-gruß zum Weltfriedenstag“

2. September, 10 Uhr, Barnau, Markt

3. September, 10 Uhr, Barnau, Awo-Treff, An der Stadtmauer 12, „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“

5. September, 19 Uhr, Stadthalle Barnau, Bar-

nimer Mittelstandshaus

6. September, 14 Uhr, Barnau, Bürgerbüro der LINKEN, Berliner Str. 17, „Tag der Offenen Tür“

7. September, 16 Uhr, Zepernick, Bahnhof, 19 Uhr, Zepernick, Mensa Gesamtschule, Schönerlinder Str. 83

8. September, 14 Uhr, Zepernick, AWO, Heinestr. 1

10. September, 11 Uhr, Barnau, Bahnhofsvorplatz, Ehrung für die Opfer des Faschismus

11. September, ganztags, Werneuchen

12. September, 16 Uhr, Zepernick, Bahnhof, 19.30 Uhr, Buchhandlung „Schatzinsel“ Barnau, Alte Goethestr. 2c, Gesprächsrunde

15. September, 5.30 Uhr, Barnau, Bahnhof-Friedensthal

18. September, ganztags, Barnau

21. September, 16 Uhr, Zepernick, Bahnhof

22. September, 16 Uhr, Barnau, Markt (siehe Seite 10).

Aktualisierte Termine finden Sie auf der homepage.

Sie können sich auch gern telefonisch erkundigen:

Kontakt: Tel.: 03338-7047457;

homepage: <http://www.kerstin-kuehn.de>



280 neue Hortplätze in Schwanebeck

Von Christel Zillmann

Bald nach den Sommerferien wird ein moderner Hortneubau, in den die Gemeinde Panketal über 5 Millionen Euro investiert, fertiggestellt. Schüler, Erzieher und Eltern können dann von ihrem neuen Hortgebäude Besitz ergreifen. Eine offizielle Eröffnung dieses wirklichen Schmuckstücks ist für Ende November 2017 geplant, nachdem auch die dazu gehörenden Außenanlagen fertiggestellt sind.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Tatsache, dass auch mit Hilfe eines Antrages der Linksfraktion in der Gemeindevertretung die Anzahl der ehemals geplanten Hortplätze von 220 auf 280 Plätze erhöht wurde. Das erfolgte in Abstimmung mit dem Landkreis Barnim, der sich als Träger der Oberschule Schwanebeck mit integrierter (und künftig dreizügiger) Grundschule bewährt hat und seinerseits über 12 Millionen Euro in diesen einmaligen Schulstandort investierte.

Erfolg: Buslinie 867 bleibt erhalten

OW-Beitrag/cz

Es gibt ein abgestimmtes Buskonzept des Landkreises Barnim für den Bereich Panketal, Berlin-Buch und Ahrensfelde. Die Gemeinde Panketal unterstützt dieses seit Jahren auch finanziell und sorgt somit dafür, dass bewährte Linien erhalten und weiter ausgebaut werden können. Das betrifft in Panketal, neben dem Schulbusverkehr, vor allem die Buslinien 893/900 und 867. Insbesondere die Linie 867, die sich inzwischen zunehmender Fahrgastzahlen erfreut, wurde zugleich aber auch wieder infrage gestellt. Zum Glück scheint dies jedoch zumindest für einen längeren Zeitraum vom Tisch zu sein.

Dazu haben nicht zuletzt mehr als 150 Panketaler Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde beigetragen, die sich mit ihrer Unterschrift an einer von der Behindertenbeauftragten, Frau Trometer und Christel Zillmann initiierte Aktion zur Erhaltung der Buslinie 867 beteiligt haben. An dieser Stelle dafür ein herzliches Dankeschön.

Zugleich gilt es zu erreichen, dass noch mehr Fahrgäste diese, für viele unentbehrliche, wichtige Buslinie zwischen dem Bahnhof Zepernick über die Birkholzer Straße, Blankenburger Straße und das Musikerviertel frequentieren. An die Anwohner dieser Straßen ergeht die Bitte, den reibungslosen Verlauf des Linienverkehrs zu unterstützen und unnötige Erschwernisse für Busfahrer und Fahrgäste zu vermeiden, wie zum Beispiel das Parken von Autos auf beiden Fahrbahnseiten.

Lesen ist „In“

Zeperner Bibliothek wird erweitert/Mobiler Bücherservice im Angebot

Von Christel Zillmann,
Gemeindevertreterin Panketal

Für die zahlreichen Freunde des Buches ist es sicher eine gute Nachricht, dass die Bibliothek am Rathaus Panketal zu einem modernen, effizienten und zugleich bürgerfreundlichen Dienstleister für Bildung und Kultur entwickelt wird. Nachdem unser Eigenbetrieb Kommunalservice Panketal seine neuen Verwaltungsräume in der „Villa“ auf dem ehemaligen Krankenhausgelände beziehen konnte, können die dadurch freiwerdenden Räume im Erdgeschoss des Rathauses planmäßig bibliothekstauglich umgebaut werden. Die bisherige Nebenstelle der Bibliothek am Genfer Platz wird in die Hauptstelle integriert. Dadurch können die personellen Ressourcen effektiver genutzt, die Öffnungszeiten erweitert und die Kinder-

bibliothek ausgebaut werden. Es wird mehr Platz für die Jüngsten geben, sowohl zum Lesen als auch für mehr Medien. Das bisherige Bibliotheksangebot kann durch zusätzliche Arbeitsplätze für Schüler und andere Leser erweitert werden. Durch die räumliche Verlagerung des Kinder- und Jugendbereiches kann der Geräuschpegel im Erwachsenenbereich gesenkt werden und neue Arbeitsplätze stehen auch hier zur Verfügung. Letztlich wird es mehr Sitzgelegenheiten für Besucher zum Lesen und zum Verweilen geben. Schließlich ist es möglich und auch beabsichtigt, einen mobilen Bücherservice für Menschen mit schweren und längerfristigen Mobilitätseinschränkungen einzuführen.

Natürlich schmerzt mich als langjährige Leserin der Schwanebecker Bibliothek und als Mitbegründerin dieser in der damals noch selbststän-

digen Gemeinde Schwanebeck, dass diese Einrichtung mangels Nutzung geschlossen wird. Aber die Gemeindevertretung hat in ihrer Junisitzung zugleich beschlossen, dass die freiwerdenden Räume der Zweigstelle für die weitere Verbesserung der Senioren-, Jugend- und Vereinsarbeit genutzt werden können. Damit könnte der Genfer Platz als Schwanebecker Ortsteilzentrum der Gemeinde Panketal kulturell neu erblühen.

Ich bin mir sicher, dass der Ortsbeirat Schwanebeck sich gemeinsam mit bestehenden Vereinen und interessierten Bürgern sehr bald dieser Zukunftsaufgabe annehmen wird. Über eine Wiederanbindung des Genfer Platzes an eine Buslinie wird jedenfalls auch im Strukturentwicklungsamt Barnim bereits nachgedacht.

Austausch zum Nachdenken

Panketaler Gespräch mit Bundestagskandidatin Kerstin Kühn

Von Wolfgang Krafczyk

Das 27. „Panketaler Gespräch“ am 10. Juli wurde seinem Namen wahrlich gerecht. Nach kurzen Eingangstatements der beiden Gäste – Kerstin Kühn, Direktkandidatin der LINKEN für den Bundestag im Wahlkreis 59, und Ralf Christoffers, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, – entwickelte sich eine lebhaft Diskussion unter den gut 30 Teilnehmern der Veranstaltung. Dabei wurde der thematische Bogen weit gespannt.

Kerstin Kühn umriss zunächst wesentliche Aspekte im Wahlprogramm der LINKEN – Friedenspolitik und sozialer Ausgleich, wobei letzteres mit einem Finanzierungskonzept konkret untersetzt ist. Besonders wichtig sei ihr, Armut im Alter zurückzudrängen und eine Mindestrente von 1.050 € zu sichern. International gelte es nicht nur, bewaffnete Konflikte beizulegen, sondern für lebenswerte Bedingungen zu sorgen und für faire Handelsbeziehungen, für die Beseitigung der Ursachen von Flucht und Vertreibung.

Ralf Christoffers konstatierte eine Zunahme des „sozialen Stresses“ und wachsende Unsicherheit in großen Teilen der Bevölkerung, die nicht ursächlich mit dem Zustrom an Geflüchteten begründet werden könnten. Zumindest in Brandenburg konnte gewährleistet werden, dass damit keine sozialen Abstriche verbunden waren. Das Land verzeichne eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und eine solide Finanzlage. Wichtige Reform-



Über 30 Gäste hatten sich zum Panketaler Gespräch am 10. Juli im Zeperner Ratssaal versammelt, 2.v.l.: Kerstin Kühn. Foto: F. Müller

vorhaben stünden an, um das Land „fit“ für die Zukunft zu machen. Dabei sei die Verwaltungsstrukturreform eine Säule planvoller Veränderungen. Neben einem Landesentwicklungsplan gehe es auch um die Gestaltung des Nahverkehrs sowie um eine Überarbeitung des Finanzausgleichs zwischen den Kommunen.

In der Diskussion prangerte ein Bürger an, dass es bislang keine Fortschritte beim Lärmschutz an der Bahnstrecke Berlin-Szczecin gebe. Die Situation prekär Beschäftigter, speziell der freien Mitarbeiter beim rbb, wurde angesprochen. Kritik gab es an der Behindertenpolitik in Brandenburg, deren Gesetzgebung hinter jener in Berlin zurückfalle. So sollten Gaststätten verpflichtend behindertengerecht sein. Ralf Christoffers sagte zu, sich der Probleme anzunehmen, soweit sie in der Kompetenz des Lan-

des liegen. Kerstin Kühn ging detaillierter auf die Frage nach den „Kosten der Unterkunft“ ein, die nach Ansicht eines Teilnehmers in allen Landkreisen unterschiedlich hoch angesetzt sind. Sie plädierte für eine Bewertung jedes einzelnen Falls in Abhängigkeit von den jeweiligen Lebensumständen der Betroffenen.

Breiten Raum nahm die Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr ein und zeigte unterschiedliche Positionen. Vom absoluten „Nie“ bis zum denkbaren Einsatz bei humanitären Notsituationen reichten die Ansichten. Einig war man sich jedoch, dass zivile Konfliktlösungen zu bevorzugen und eine weitere Aufrüstung abzulehnen seien. Damit haben die „Panketaler Gespräche“ wieder ihren Zweck erfüllt: Austausch über verschiedene Ansichten und zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

„Kommunales Eigentum darf nicht an private Investoren verscherbelt werden“

Interview mit Christina Emmrich (LINKE), Gemeindevertreterin in Ahrensfelde



Heute schon ein interessanter Campus: Grundschule Blumberg (rechts), dahinter im alten Schulgebäude das Schulmuseum. Dieses Ensemble wird nun zu einer Grundschule mit weiterführender Schule umgestaltet. Foto: F. Müller

Wird Ahrensfelde, gelegen am Berliner Stadtrand, ein typischer Vorort der Hauptstadt?

Alles in allem fühle ich mich, wie die meisten Einwohnerinnen und Einwohner, in der Gemeinde wohl. Wir leben faktisch auf dem Lande und haben Berlin vor der Nase. Besser kann ich es gar nicht haben. Die Gemeinde ist nach der Gemeindegebietsreform gut zusammengewachsen. Dennoch haben sich die Ortsteile Ahrensfelde, Blumberg, Eiche, Lindenberg und Mehrow eine relative Eigenständigkeit bewahrt. Aber es herrscht nicht nur eitel Sonnenschein. Der Verkauf kommunaler Flächen an private Investoren, die sich goldene Nasen verdienen können, macht mich regelrecht wütend. Trotz vieler Versuche konnten wir in der Gemeindevertretung nicht erreichen, dass andere Eigentumsformen wenigstens in Betracht gezogen werden. Ich bin zum Beispiel eine Verfechterin von Genossenschaften. Gerade für neue Wohnformen wie Mehrgenerationshäuser oder Wohnformen für Ältere sind sie gut geeignet. Es gäbe auch die Möglichkeit, freie Träger dafür ins Boot zu holen. Ich bin nicht dagegen, dass die Kommune, wenn es zwingend erforderlich ist, Flächen verkauft. Aber strikt dagegen bin ich, dass die Käuferinnen und Käufer daraus unangemessenen Gewinn erzielen.

In Ahrensfelde werden vor allem Einfamilienhäuser gebaut. Führt das nicht langfristig zu Problemen?

Die Gemeinde Ahrensfelde verzeichnet seit einiger Zeit stetigen Bevölkerungszuwachs. Ursache dafür ist natürlich das Baugeschehen. Obwohl

auch hier die Grundstückspreise erheblich angezogen haben, sind sie immer noch niedriger als im nahen Berlin. Nahezu alle Bauvorhaben sind Einfamilienhäuser und es gibt nur wenige Geschossbauten. Insgesamt also ein sehr großzügiger Umgang mit Flächen. Die Gemeinde hat weitere Baugebiete ausgewiesen, die teilweise schon bebaut werden. Die Gemeindegewinnung von 2015 zu 2016 um 213 Personen auf insgesamt 13.289. In der Altersgruppe 6 bis unter 13 stiegen die Zahlen von 771 auf 813. Das bestätigt die wachsende Zahl von Grundschülerinnen und Grundschulern.

Wird die soziale Infrastruktur der Gemeinde dem Einwohnerzuwachs gerecht?

Der Zuzug, vor allem von Familien, stellt Anforderungen an den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Kitaplätze werden knapp. Deshalb hat die Gemeindevertretung die Erweiterung der Kita in Eiche beschlossen. Der ehemalige Brandenburgmarkt wird dafür umgebaut. Im geplanten Wohngebiet an der Kirschenallee ist ebenfalls eine Kita vorgesehen, die ein freier Träger betreiben wird. Eine gute Idee, wird damit doch dem Anspruch auf Vielfaltigkeit in der Kitaplanung entsprochen.

Aber nicht nur Kitaplätze fehlen. Es gibt bisher in der Gemeinde nur eine weiterführende private Schule. Unsere Kinder müssen weite Wege zurücklegen und das hohe Verkehrsaufkommen lässt sie dann häufig noch im Stau stehen.

Gibt es eine Möglichkeit, die Schulsituation zu verbessern?

Es gab lange Auseinandersetzungen mit dem Landkreis, die jetzt, hoffentlich, zu einem guten Ergebnis führen werden. In Blumberg, am jetzigen Grundschulstandort, werden eine weiterführende und eine Grundschule Platz finden und eine weitere Grundschule wird in

Ahrensfelde oder Lindenberg neu gebaut. Über den dafür geeignetsten Standort diskutieren die Gemeindevertreter gerade.

Ist auch kommunaler Wohnungsbau geplant, der Mietern eine Wohnmöglichkeit bietet?

Nein, die Gemeinde baut keine eigenen Wohnungen. In den Ausschüssen und der Gemeindevertretung gab es dazu mehrere Diskussionen. Sowohl die Verwaltung als auch die Mehrheit der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter lehnen dies ab. Das wichtigste Klientel sind für sie Besserverdienende.

Das hört sich etwas bitter an ... Und ist es nicht auch kurzfristig, keine Wohnungen zu bauen? Wohin zieht der Nachwuchs, der noch nicht „besser verdient“?

Völlig richtig. Ich kann dieses Herangehen einfach nicht nachvollziehen. Und natürlich ist es kurzfristig, denn wenn junge Menschen erst einmal die Gemeinde verlassen haben, dann fehlt der Nachwuchs auch in den Sportvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr – einfach überall.

Fährt man, vor allem zu den Pendlerzeiten, durch Ahrensfelde steht man regelmäßig im Stau, egal in welche Richtung ...

Der Zustand auf der B 158 macht mich wütend. Auto steht an Auto, Stau ist nahezu zu allen Tageszeiten vorprogrammiert. Dieser Zustand ist sowohl für Anwohner als auch Pendler und Reisende durch Smog- und Lärmbelastung unzumutbar. Seit mehr als 15 Jahren (!) werden wir regelrecht veräppelt. Es existiert ein Planfeststellungsverfahren für eine Umgehungsstraße mit rund 1.000 Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger, das seit 2011 auf Eis liegt. Bei der dabei geplanten Variante wollen Bund und das Land Berlin nicht die Kosten für den erforderlichen Lärmschutz bezahlen. Eine von vielen Ahrensfelder und Marzahner Bürgerinnen und Bürgern favorisierte andere Variante fand im damaligen Raumordnungsverfahren keine Berücksichtigung. Und die Brandenburger Landesregierung hält sich, zum Nachteil der Bewohnerinnen unserer Gemeinde, aus dem Streit fein raus. Die einzige sinnvolle Lösung ist für mich der sofortige Abbruch des aktuellen Verfahrens und ein neues beschleunigtes Raumordnungsverfahren mit einer anderen Variante.

Was können Sie in der Gemeinde noch tun, um das Verkehrsproblem rund um die B158 zu lösen?

Wir müssen wahrscheinlich zu drastischen Maßnahmen greifen. Welche, das will ich hier lieber nicht öffentlich machen. Unterschriften wurden schon 'zig Tausende gesammelt und liegen in irgendwelchen Büros rum.

»Um die Verkehrsprobleme rund um die B 158 zu lösen, müssen wir wahrscheinlich zu drastischen Maßnahmen greifen.«



Den ganzen Tag herrschte „buntes Treiben“ auf dem Platz vor dem Steintor: Seifenblasen stiegen in den Himmel, wunderbar gezaubert von Corinne Cimafonte von der „Seifenblasenfabrik“ – stundenlang umringt von Kindern.



Dieser Talk war mit „Zwei starke Frauen“ übertitelt, dabei waren es sogar drei, mit Moderatorin Dagmar Enkelmann (Mitte). Marianne Buggenhagen (links), rechts: Diana Golze, Brandenburgs Sozialministerin.



Leckereien gab's am Stand der örtlichen Cuba-sí-Gruppe – über die derzeitige Lage in Kuba gab es in der Stadthalle einen Lichtbildvortrag mit Referent Jörg Rückmann. Fotos dieser Seite: maz, fm, bc



Politische Geschichte, wiedergespiegelt in linken Medien konnte man sich im Anbau der Stadthalle bei zwei Ausstellungen anschauen.

Pressefest der k

Politik, Kultur, Sport, Spaß – das war



Der eine machte mit seiner Gruppe „manifest“ Klezmer-Musik, die andere tanzte dazu: links, stehend, Harald Petzold, Bundestagsabgeordneter der LINKEN; rechts, außen: Kerstin Kühn, Bundestagskandidatin der LINKEN.

„Die LINKE ist beharrlich!“

Von Margot Ziemann

Die beiden Bundestagskandidaten der LINKEN, Kerstin Kühn (Wahlkreis 59, Niederbarnim/Märkisch Oderland) und Harald Petzold (Wahlkreis 58, Oberhavel/Havelland II) wurden von Dagmar Enkelmann vorgestellt. Beide wollen in ihren Wahlkreisen das Direktmandat gewinnen – mit Mut und Entschlossenheit.

„LINKS wirkt! Und das nicht zum ersten Mal“, erklärte Harald Petzold, der seit 2013 mit der Linksfraktion im Bundestag für eine demokratische Medienpolitik und für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen eintritt. Anfang Juli 2017 habe er persönlich seinen größten Erfolg erlebt, so Petzold. Die Durchsetzung der Ehe für alle. „28 Debatten haben wir dazu im Bundestag geführt. Und wir wurden nie müde, immer wieder die große Koalition aufzufordern, endlich die Beratung und Abstimmung der Anträge für die Eheöffnung anzugehen. Wir haben seit 2013, dem Jahr als DIE LINKE den ersten Gesetzentwurf für die ‚Ehe für alle‘ einreichte, der dreist-beharrlichen Blockadehaltung von CDU/CSU und SPD getrotzt und immer wieder im Bundestag und in der Öffentlichkeit die Debatte am Laufen gehalten. Schließlich zogen 2015 die Grünen und 2016 der Bundesrat nach“, so Petzold. Deshalb mache es Sinn, die LINKE zu wählen, erläuterte Petzold. „Und sagen Sie es Ihren Nachbarn und Freunden“, fügte er hinzu. Ohne Druck der LINKEN gäbe es bis heute keinen Mindestlohn, keine – wenn auch sehr späte und unzureichende – Angleichung der Rentenwerte Ost und West. Die Beharrlichkeit und der Mut der LINKEN,

soziale Themen immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen, zahle sich letztendlich aus.

Denn es bleibt noch viel zu tun. „Wir werden noch dicke Bretter bohren müssen“, unterstreicht Kerstin Kühn. „Keine Partei – außer unserer – kämpft so energisch für eine solidarische Kranken- und Rentenversicherung, in die alle einzahlen. Das foerdern auch andere Parteien, aber keiner außer uns sagt, wo das Geld dafür herkommen soll: Nämlich aus einer gerechten Besteuerung der Einkommens-, Vermögensmillionäre und der Finanzjongleure an den Börsen“, fügt sie hinzu.

„Ich werde mich im Bundestag dafür einsetzen, dass wir eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro bekommen, um drohende Altersarmut zu verhindern. Um Armut trotz Arbeit zu verringern, ist der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde anzuheben. Um Leiharbeit einzuschränken, muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ohne Ausnahme gelten. Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund müssen abgeschafft, Hartz IV durch eine soziale Mindestsicherung ersetzt werden. Die Millionen Alleinerziehenden und Solo-Selbständigen brauchen dringend eine soziale Absicherung. Mehr Personal und bessere Bezahlung für die Pflegeberufe, in denen viele Frauen arbeiten“, das sind die Themen, für die ich mich im Bundestag einsetzen werde“, so Kerstin Kühn. Und als Rechtsanwältin, die für ihre Klienten seit Jahren für soziale Rechte streitet, fügt sie hinzu: „Das Bürgerliche Gesetzbuch muss dringend reformiert und an die heutige Lebenswirklichkeit angepasst werden.“

neuen Zeitungen

am 15. Juli mit der LINKEN in Bernau

Dank an alle, die spendeten

Von René Lembke,
Eltern helfen Eltern Bernau e.V.

Im Rahmen des „Pressefestes der kleinen Zeitungen“ am 15. Juli fand auch in diesem Jahr ein Spendenlauf zugunsten des Vereins Eltern helfen Eltern Bernau e.V. statt. Die von uns betreuten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit verschiedensten Handicaps und das gesamte Team von Eltern helfen Eltern Bernau e.V. möchten sich herzlich bei den 62 Läuferinnen und Läufern für fast 600 absolvierte Runden und dadurch erlaufene 610,90 Euro (und noch avisierte Überweisungen) bedanken. Wir bedanken uns sehr bei den Initiatoren und Mitstreitern des Festes dafür, dass auch in diesem Jahr die Spenden unserer Arbeit zugutekommen.

Wie auch im letzten Jahr werden die Einnahmen für schöne Aktivitäten während unserer beiden Ferienfahrten eingesetzt. Ein herzlicher Dank gilt ebenfalls Marianne und Jörg Buggenhagen, die uns Teile des Erlöses aus dem Verkauf signierter Exemplare von Frau Buggenhagens Autobiografie „Schweres Schicksal? Leichtathletin!“ spendeten.

Vorbereitung: Über 60 Läuferinnen und Läufer versammelten sich am Start (links), Bundestagsabgeordneter Harald Petzold (Mitte) lief mit, Dagmar Enkelmann (daneben) erklärte den Rundkurs, Bürgermeister André Stahl (daneben) freute sich über die Beteiligung und Leichtathletin Marianne Buggenhagen gab den Startschuss. Für die Sportlerinnen und Sportler, die für 6 Sportvereine unterwegs waren, spenden Dagmar Enkelmann und die beiden Landtagsabgeordneten Margitta Mächtigt und Ralf Christoffers insgesamt 513 Euro. Foto: pb

Auch die jüngste Teilnehmerin bekam eine Startnummer: Die kleine Frieda, noch in Mamas Tragesack, ging mit auf den 420-Meter-Rundkurs. Foto: js



Tom Strohschneider, Chefredakteur des „neuen deutschland“, warb nicht nur für seine Zeitung und für den vom „nd“ unterstützten Verbund „kleinezeitungen.de“. Auf der Bühne thematisierte er zum Beispiel den medialen Umgang mit dem G20-Gipfel und erhielt viel Beifall.

Was machen LINKE in der Regierung?

Von Margot Ziemann

Wird Berlin bald kreisfreie Stadt in Brandenburg? Mit dieser provokanten Frage eröffnete Dagmar Enkelmann das Interview mit Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag und Gerry Woop, Staatssekretär für Europafragen in der Senatsverwaltung Berlin.

Gerry Woop: Das sehe ich nicht. Beide Länder haben ihre Daseinsberechtigung und ihre spezifische Entwicklung genommen.

Ralf Christoffers: Den Fehler einer verordneten Fusion wollen wir nicht wiederholen. Aber beide Länder, jetzt mit roter Regierungsbeteiligung, kooperieren natürlich mit einer ganz anderen Intensität. So werden wir den gemeinsamen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg gemeinsam erstellen und auch abstimmen.

Was machen die LINKEN in der jetzigen Regierung in Berlin anders als in der letzten Koalition?

Gerry Woop: Wir sind gut vorbereitet in diese Koalition gegangen und auch finanziell ist Berlin jetzt besser aufgestellt. Wir haben unsere Schwerpunkte auch durchgesetzt: eine neue soziale Wohnungspolitik, bessere Unterbringung und Integration der Geflüchteten. In der Investitionspolitik liegt der Schwerpunkt auf Bildung und Wissenschaftsförderung. Unsere sozialistischen Visionen müssen wir nun in Verwaltungshandeln umsetzen.

Welche Ratschläge hat die Brandenburger Koalition für die Regierung in Berlin parat?

Ralf Christoffers: Gar keine. Wir erteilen keine Ratschläge. Wir pflegen aber einen regen Wissenstransfer der drei Regierungen mit linker Beteiligung. (Foto oben: bc)

Echte Medaillen, weiter gegeben von Marianne Buggenhagen



Für die jüngsten Läuferinnen und Läufer, die am längsten ausgehalten hatten, gab es noch „echte“ Medaillen, die Leichtathletin Marianne Buggenhagen in ihren vielen Wettkämpfen errungen hatte. Viele waren über diese besondere Auszeichnung gerührt. Foto: pb

„Rote Reporter“ mit Pressefest-Zeitung

Wer bis zum Schluss noch auf dem Pressefest blieb, konnte sie noch mitnehmen: Die Pressefest-Zeitung. Sie wurde direkt auf dem Fest erstellt von den „Roten Reportern“, eine Landesarbeitsgemeinschaft der LINKEN Brandenburg. In dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich Redakteurinnen und Redakteure von Zeitungen der LINKEN aus dem ganzen Land zusammengeschlossen.

Wer die Pressefest-Zeitung anschauen möchte, findet sie im Bürgerbüro der LINKEN in Bernau, Berliner Straße 17 oder alle Texte und Bilder beim „kleineZeitungen“-Partner „neues deutschland“ unter:

www.dasnd.de/pressefestberna



vordere Reihe: Berit Christoffers, Margot Ziemann, Offene Worte (Barnim), Renate Adolph, Impulse (Märkisch-Oderland), Ashley Castillo Petzsch aus Cottbus, Manuela Palluch (Elbe-Elster-Echo), hintere Reihe: Reinhard Frank, Mittelmark LINKS (Potsdam-Mittelmark), Jürgen Schubert, Märkische LINKE (Ostprignitz-Ruppin), Frithjof Newiak, Cottbuser Herzblatt, Heinz Schneider, Widerspruch (Erkner), René Lindena (Cottbus) und Tobias Behr (Lausitz, nicht auf dem Foto). Foto: pb

Nichtwähler nicht „links liegen lassen“

Von Wolfgang Krafczyk

Mehr als 20 Mitglieder der LINKEN fanden am 1. Juli den Weg in den AWO-Treff an der Bernauer Stadtmauer, um sich fit für den Wahlkampf der nächsten Wochen zu machen. Bereut hat wohl niemand die Teilnahme an der „Wahlwerkstatt“, brachte sie doch viele neue Erkenntnisse und Anregungen dank des kompetenten „Werkstattmeisters“ Daniel Wittmer von der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN, Bereich politische Bildung.

Da gab es zum Beispiel eine detaillierte Analyse der Wählergruppen der Partei DIE LINKE vor dem Hintergrund ihrer sozialen Lage. Dabei wurde deutlich, dass die Benachteiligten, die ärmeren Schichten, die „Abgehängten“ – eher seltener zur Wahl gehen und oft zur AfD „abwandern“. Anklang findet die LINKE – so die Zahlen – vor allem im aufgeklärten, urbanen Milieu. Und doch gelte es, „gemeinsame Interessen von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Stammebelegschaften, der abwärtsbedrohten Mittelschicht zu vertreten“ (aus der Wahlstrategie der Partei). Potenzielle Nichtwähler sollten also nicht „links liegen“ gelassen werden.

Spannend war die in Gruppenarbeit durchgeführte Diskussion darüber, welche Punkte des Wahlprogramms der LINKEN welche Wählergruppen ansprechen könnten. Es zeigte sich, dass die im Wahlprogramm formulierten Ziele für fast alle Schichten der Bevölkerung von mehr oder weniger Interesse sein sollten. Damit war zugleich die Frage beantwortet, warum das Programm so umfangreich ausgefallen ist. Es soll Antworten auf Fragen unterschiedlicher Interessengruppen geben. Frieden und Abrüstung, gutes Geld für gute Arbeit, auskömmliche Rente, Beseitigung der Armut, eine echte Mietpreisbremse, Schutz der Umwelt und funktionierender ÖPNV, um nur einige Schlagworte zu nennen, – all das entspricht den Wünschen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung.

Letztlich zielt das Wahlprogramm der LINKEN auf eine echte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ab. Dabei werden nicht nur abstrakte Wünsche formuliert, sondern konkrete Maßnahmen genannt. „Mehr Gerechtigkeit für Alle“ bleibt somit nicht nur eine leere Sprechblase. Dies in Gesprächen, am Infostand und in Podiumsdiskussionen zu erklären, wird Aufgabe in den nächsten Wochen sein.

Nach getaner Arbeit ging es in das Bürgerbüro der LINKEN in der Berliner Straße, wo der Grill angeworfen wurde. Dank für die tolle Vorbereitung und die Durchführung des abschließenden „Roten Grillen“.

Sommerfest der LINKEN Wandlitz

Politische Gespräche in gemütlicher Atmosphäre am 8. Juli

Viele der älteren Mitglieder der Wandlitzer LINKEN fanden auch den Weg zum Sommerfest: Gemütliches Beisammensein, Shantychor und natürlich politische Gespräche lockten am 8. Juli auf den Vorplatz des Bahnhofs Wandlitzsee. Gelegenheit zum Austausch gab es genug, die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig und der Vorsitzende der Barnimer Kreistagsfraktion der LINKEN, Lutz Kupitz berichteten über neueste Entwicklungen.



Gespräche vor „rotem Hintergrund“: Der gerade frisch gewählte Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag im Wahlkreis 57, Andreas Büttner (links) nutzte gleich die Möglichkeit in Wandlitz mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Bildmitte: Liane Kilinc aus Wandlitz, rechts: Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag. Fotos: mm

LINKE für Zusammenarbeit im Kreistag

CDU kündigt Vereinbarung für den Barnim auf/
Bundestags-Wahlkampf wirft seine Schatten in die Kommunalpolitik

Von Lutz Kupitz,
Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN

Die CDU-Fraktion des Kreistages Barnim hat in einer Pressemitteilung die Aufkündigung des Grundlagenpapiers verkündet, welches die Schwerpunkte der Zusammenarbeit von LINKEN, SPD und CDU im Kreistag Barnim zum Inhalt hat. Dass dies nicht immer einfach war und nicht alle Partner gleichmäßig zufrieden waren, liegt in der Natur einer solchen Zusammenarbeit.

Eine Vereinbarung also, die auch bei den LINKEN nicht unumstritten war. Das Papier, welches Grundsätze und Projekte der Zusammenarbeit festgelegt hatte war immer darauf ausgelegt, Kompromisse zu finden, um Entwicklungen im Landkreis zu befördern. Diesen Grundsatz hat die CDU nun aufgekündigt und sowohl der SPD als auch der LINKEN die Fähigkeit abgesprochen, positive Ent-

wicklungen im Landkreis zu initiieren.

Die Aufkündigung des Grundlagenpapiers durch die CDU zeigt aber vor allem eines: Ihr sind kurzfristige Wahlkampfziele wichtiger, als gemeinsame Anstrengungen zur Entwicklung des Landkreises.

Die in der Stellungnahme genannten Gründe unterstreichen diese Vermutung.

So wurde nicht die Unterstützung für das Projekt Finowkanal im Kreistag abgelehnt, sondern nur das Begehren der CDU, vorausseilend, ohne jegliche vertragliche oder konzeptionelle Grundlagen, Gelder für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Wenn dies vorliegt – so beschlossen von einer Mehrheit des Kreistages – wird sich der Kreistag erneut damit befassen. Diese Abstimmung hat gezeigt, dass im Kreistag sachliche Mehrheitsentscheidungen möglich sind.

Auch in der Diskussion um eine mögliche Verwaltungsstrukturreform

kamen von Seiten der CDU-Fraktion keine Vorschläge z.B. zu einer bürger-nahen Ausgestaltung der Reform.

Insofern kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die genannten Gründe nur ein Vorwand waren, um sich in Wahlkampfzeiten einer Zusammenarbeit zu entziehen.

Dass sich die Zusammenarbeit, im Gegensatz zur Zusammenarbeit mit der SPD, in der letzten Zeit als schwieriger erwiesen hat, ist auch von unserer Seite festgestellt worden – insofern ist der Rückzug nicht überraschend.

Etwas irritierend ist auch der letzte Satz der Erklärung der CDU, dass eine Zusammenarbeit in „... Zukunft ausschließlich sach- und anlassbezogen...“ erfolgen soll.

Aus unserer Sicht erfolgte die Zusammenarbeit immer sachbezogen und das wird es von uns auch weiterhin parteiübergreifend bleiben. Anlassbezogen ist offensichtlich der jetzige Schritt der CDU-Fraktion.

Ein Kleinod der Welt

Am 10. Juli nahm die UNESCO das Bauhausdenkmal in Waldfrieden in die Welterbeliste auf/ Bürgermeister André Stahl äußerst sich begeistert über das jahrezehntelange Engagement

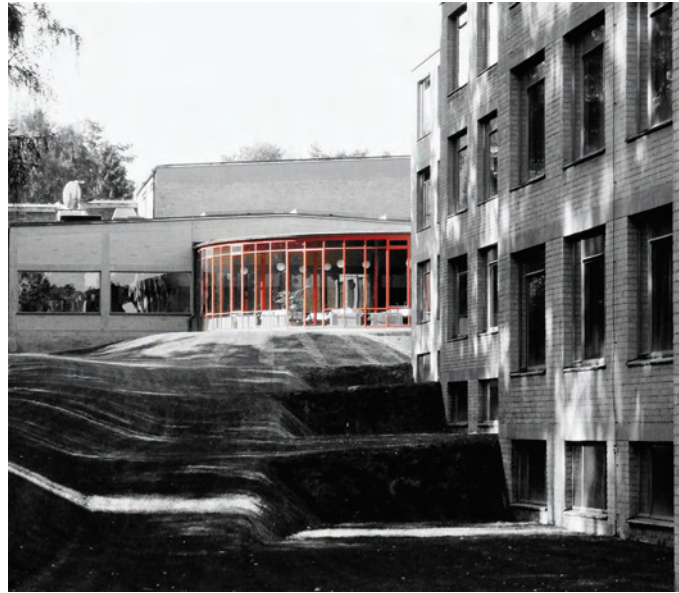
OW-Beitrag/bc

Am 10. Juli entschied die UNESCO bei ihrer Tagung in Krakau: Das Bernauer Bauhausdenkmal gehört neben den Bauhausstätten in Weimar und Dessau zum Weltkulturerbe. Die ehemalige Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Bernau ist damit in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen worden. Die bereits seit 1996 bestehende Welterbestätte „Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar und Dessau“ wird damit um das Bauhaus Denkmal Bundesschule Bernau erweitert. Teil der Erweiterung sind auch die Laubenganghäuser in Dessau (Sachsen-Anhalt).

Bernaus Bürgermeister André Stahl kann seine Begeisterung kaum zügeln: „Wir freuen uns außerordentlich, dass die ehemalige Bundesschule nun Teil der bereits seit 1996 bestehenden „Welterbestätte Bauhaus“ ist. Das ist der lang ersehnte Lohn der Tüchtigen. Seit mehr als 25 Jahren engagieren sich viele Menschen aus der Region für die Rekonstruktion und den Erhalt des Bauhaus Denk-

Cafeteria
am Bauhausdenkmal
Bernau

Foto: maz



mals Bundesschule Bernau. Die Stadt Bernau hat sich hier unabhängig vom UNESCO-Antrag finanziell stark beteiligt, gerade auch im Zusammenhang mit der 2011 gegründeten Stiftung „Baudenkmal Bundesschule Bernau“, der derzeitigen Sanierung der Außenanlagen und der Planung für ein Besucherzentrum. Der Welterbestatus wird ganz sicher dazu bei-

tragen, diesen weitestgehend noch immer verborgenen ‚Schatz vor den Toren der Hauptstadt‘ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.“

Dazu kam bereits kurz zuvor die erfreuliche Mitteilung, dass das Bundesbauministerium die Errichtung eines Besucher- und Begegnungszentrums im Bauhaus-Denkmal mit 670.000 Euro unterstützt. Dieses ge-

hört damit zu 23 „Nationalen Projekten des Städtebaus 2017“, die sich um die Förderung mit einer Gesamtsumme von 65 Millionen Euro beworben haben. Bernau hatte im November 2016 einen Antrag auf Fördermittel gestellt, die in voller Höhe gewährt wurden. In der Begründung heißt es: „Anlässlich des Bauhaus-Jubiläumsjahres 2019 erhält das Denkmalensemble Bundesschule Bernau ein Besucherzentrum, das sich sensibel in den historischen Bestand einfügen soll. Es wird seine touristische Erschließung fördern und zugleich als Begegnungsstätte für die Bürger Bernaus fungieren.“

Bürgermeister André Stahl kommentiert: „Es ist uns gelungen, auf Bundesebene weiter die Wahrnehmung auf dieses nationale Denkmal zu lenken. Mit einem Besucher- und Begegnungszentrum wird das Areal für Gäste attraktiver.“ Mit den Planungen, Ausschreibungen und ersten vorbereitenden Arbeiten für den Multifunktionsbau wird nun begonnen werden. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich nachzeitigem Stand auf rund eine Million Euro.

Auf dem Weg zum Weltkulturerbe

Fraktion der LINKEN zu Gast im Bauhausdenkmal Bundesschule Bernau

Von Margot Ziemann

Rund 30 interessierte BesucherInnen waren der Einladung des Vereins Baudenkmal Bundesschule Bernau und der Fraktion der Bernauer LINKEN im Juni in den Ortsteil Waldfrieden gefolgt. Der kurzen Führung durch das Bauhausdenkmal schloss sich eine inspirierende Debatte an.

„Wir haben hier ein kulturelles Erbe mit Weltgeltung, das wir weiter hegen und pflegen wollen“, so begrüßten Dr. Dagmar Enkelmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN und Friedemann Seeger, der Vereinschef das Publikum. Die in den Jahren 1928/1930 von den Architekten Hannes Meyer und Hans Wittwer geplante und errichtete Bundesschule des ADGB steht für die Architektur der Klassischen Moderne des Bauhauses, das zwischen 1919 und 1933 revolutionäre Ideen der Baugestaltung und Stadtplanung durchsetzte und damit die Architektur des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt hat.

Für Anna Leonzi-Fahlbusch, Abteilungsleiterin für Bildungsstätten bei der Handwerkskammer Berlin, macht es das Besondere aus, dass Bildung, Architektur und Kultur bei den Bauhausmitgliedern immer als Einheit gesehen wurden. Diesem Erbe fühlt

sich die Berliner Handwerkskammer verpflichtet, die das Gebäudeensemble von 2002 bis 2007 denkmalgerecht sanierte und seitdem als Ausbildungsstätte und Internat nutzt.

Zum Zeitpunkt der Veranstaltung gab es noch ein vorsichtiges Bangen mit Blick auf die Entscheidung der UNESCO, ob das Bauhausdenkmal in die Welterbeliste aufgenommen wird (siehe oben). Nur 41 Baudenkmale in Deutschland sind bisher in die Welterbeliste aufgenommen, darunter die Potsdamer Schlösser und Gärten, die alte Speicherstadt Hamburg, die Altstadt von Quedlinburg. Voraussetzung dafür ist, dass das kulturelle Erbe erhalten und gepflegt und öffentlich in Stadt und Gesellschaft präsentiert wird. Dagmar Enkelmann dankte dem Verein, für seine langjährige und unermüdete Tätigkeit, in der ein Fundus an Wissen über das Baudenkmal und seine Nutzung zusammengetragen und öffentlich gemacht wurde. Es habe sich bewährt, so Friedemann Seeger, dass auf Initiative von Stadtverordneten und Verein 2011 die Stiftung Bauhausdenkmal Bundesschule durch die Stadt Bernau gegründet wurde, und Stiftungsgründer – wie der Landkreis, die Sparkasse Barnim, die Handwerkskammer Berlin und der Verein „baudenkmal bundesschu-

le bernau“ – gewonnen wurden. Dies habe die Entwicklung des Ensembles und seine öffentliche Darstellung in den letzten Jahren befördert.

Im Hinblick auf die beantragte Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO sowie das 100-jährige Bauhausjubiläum im Jahr 2019 werden jetzt im Rahmen des Programms Nationale Projekte des Städtebaus durch die Stadt Bernau die Außenanlagen des Gebäudeensembles denkmalgerecht saniert.

Dazu gehört die Sanierung der Zufahrt, erläuterte Jürgen Jankowiak, Dezernent für Stadtentwicklung. Besucher sollen wieder durch einen naturgeprägten Straßenraum zum Gebäudeensemble geführt werden. AnwohnerInnen der Fritz-Heckert-Straße hätten sich aber eine bessere Information vor Beginn der Straßenbaumaßnahmen gewünscht, wird dazu angemerkt. Für AnwohnerInnen wie BesucherInnen werden aber neue Stellplätze hinter dem Barnim-Gymnasium angelegt.

Die Pergolen-Anlage im Innenhof und die Sichtbeziehungen vom Gebäudeensemble zum Teich und Freibad sind bereits wieder hergestellt und die Tiefbauarbeiten auf dem Hannes-Meyer-Campus sind in vollem Gange.

Informationstafeln an Sportstätten

OW-Beitrag/maz

Im Juli beschloss die Bernauer Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der LINKEN, Informationstafeln an Bernauer Sportstätten anzubringen. So soll in Schaukästen vor Sportstätten der Stadt angezeigt werden, wann welcher Verein mit welchem Sportangebot die Anlage nutzt. Die Sporthallen und -plätze von Vereinen und Gruppen sind nahezu ausgebucht. Deshalb sollen Informationen über freie Zeiten und die Kontaktdaten der Verwaltung und der Vereine angegeben werden. Informiert werden soll auch über Wettkämpfe, Events und Veranstaltungen in den Sportstätten.

Barrierefreies WC am Stadtpark Bernau

OW-Beitrag/maz

Um die Aufenthaltsqualität im Bernauer Stadtpark zu erhöhen und einem dringenden Bedarf gerecht zu werden, soll im/am Stadtpark ein öffentliches, barrierefrei nutzbares WC dauerhaft zur Verfügung stehen. Einen entsprechenden Antrag der LINKEN beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 6. Juli und griff damit eine langjährige Forderung des Behindertenbeirates auf.

Willst Du mit mir gehen? Die Welt verbessern. Wählen gehen. Kanten haben. Und Ideen. Für Gerechtigkeit stehen.

DIE LINKE.
Kreisverband Barnim



Ich bin mit 16 Jahren Mitglied der LINKEN geworden.

Eher ging nicht.

In einer Partei mitzuarbeiten, macht Spaß, wenn man die richtigen Mitstreiterinnen und Mitstreiter hat.

Die habe ich gefunden.

Hier im Barnim.

Finden Sie zu uns.

E-Mail: walter@dielinke-barnim.de

www.dielinke-barnim.de

Eintritt frei!*

Lesen Sie immer das Kleingedruckte!

*Aber natürlich nicht beitragsfrei. DIE LINKE kann man nicht kaufen, aber Mitgliedschaft und viele kleine Spenden helfen sehr! (Als einzige im Bundestag vertretene Partei nimmt DIE LINKE keine Spenden von Konzernen und Banken an. Wenn Sie also spenden wollen: Jeder Betrag hilft.)
Mit der Bundestagswahl am 24. September werden die Weichen gestellt, wie es mit unserer Gesellschaft, unserem Land weitergeht. Deshalb braucht DIE LINKE Ihre Unterstützung.



Interesse? Dann besuchen Sie DIE LINKE

Angebote in den Monaten August und September

14 bis 25. August

LINKE unterwegs von A wie Ahrensfelde bis Z wie Zerpenschleuse

Die Barnimer LINKE besucht traditionell in den Sommermonaten viele Städte und Gemeinden im Barnim. In diesem Jahr ist sie vom 14. bis 25. August in über 25 Orten und Ortsteilen unterwegs. Start ist am 14. August auf dem REWE-Parkplatz in Schönow, am 25. August endet die Tour mit dem letzten Termin um 10.45 Uhr in Finowfurt.

Die vollständigen Orts- und Zeitangaben finden Sie in der Juni-Ausgabe. Haben Sie diese verpasst, dann können Sie auf der homepage in der OW-Juni nachschauen:

<http://www.dielinke-barnim.de/fileadmin/barnim/docs/ow-0617.pdf>

19. August Bernau

Der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Jan van Aken und die Kandidatin für den Bundestag, Kerstin Kühn, werden am 19. August um 10 Uhr im Bernauer Treff 23 zu Gast sein. Nach 30 Jahren politischer Arbeit in Hamburg, Deutschland und weltweit arbeitet van Aken seit 2009 für die LINKEN im Bundestag. Dabei geht es ihm ganz besonders um eine friedlichere Außenpolitik (siehe OW Juni, Themenseite 10). Sein wichtigstes Ziel im Bundestag ist es, endlich die deutschen Rüstungsexporte zu stoppen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden. Kein Geld mehr für Waffen, sondern für Bildung, Wohnungen und eine friedliche Entwicklung! Zu diesen Themen wird er Rede und Antwort stehen.

7. September Eberswalde

Am 7. September lädt die LINKE auf den Eberswalder Markt zu einer Veranstaltung rund um die Bundestagswahl ein. Warum man am 24. September die LINKE wählen soll, darum wird es bei einem bunten Programm gehen. Mit dabei: Andreas Büttner, Bundestagskandidat der LINKEN in diesem Wahlkreis.

11. September Unterwegs von Eberswalde nach Templin:

Am 11. September wird die Spitzenkandidatin der Brandenburger LINKEN für den Bundestag, Kirsten Tackmann, gemeinsam mit Andreas

Büttner, Bundestagskandidat des Wahlkreises 57, auf der Strecke Eberswalde–Templin unterwegs sein und an allen alten Haltepunkten der Bahnstrecke mit Vereinen und Akteuren vor Ort ins Gespräch kommen. Damit soll der Forderung der LINKEN nach Wiedereröffnung der Bahnstrecke Nachdruck zu verliehen werden.

22. September Bernau, Markt:

Am 22. September lädt die LINKE von 15 bis 19 Uhr auf den Bernauer Marktplatz ein. Sie können den Parteivorsitzenden Bernd Rixinger erleben und ein buntes Rahmenprogramm. Mit dabei: Kerstin Kühn, Kandidatin der LINKEN für den Bundestag im Wahlkreis 59 (Niederbarnim/Märkisch-Oderland).

Der Wert des öffentlichen Dienstes

Beamte erhalten rückwirkend ab Januar 2017 mehr Geld. Die Rot-Rote Landesregierung will damit Versäumnisse der Vergangenheit nachholen. Interview mit Ralf Christoffers, Landtagsfraktionsvorsitzender der LINKEN

Die Landesregierung hat ein über 300-Millionen-Euro schweres Paket für die bessere Besoldung der Beamten im öffentlichen Dienst Brandenburgs geschnürt. Warum?

Mit der Förderalismusreform wurde die Besoldung der Beamten der Länder nicht mehr bundeseinheitlich geregelt, sondern die Länder sind dafür selbst verantwortlich. Daraus hat sich ein für die Länder ruinöser Wettbewerb ergeben, z.B. um Lehrer und Polizisten. In einem Bundesverfassungsgerichtsurteil wurden nun Kriterien definiert, wie z.B. Einkommenssteigerungen, Preisentwicklungen, an denen die Verfassungskonformität der Beamtenbesoldung gemessen wird. Daraus ergab sich für Brandenburg, dass das Land die Besoldung deutlich anheben muss.

Gilt das für alle Beamte?

Ja, für alle Beamte im Arbeitsleben, aber auch für Ruheständler.

Das bedeutet?

Das heißt, neben der zeit- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses der Angestellten für die Beamten, werden von 2017 bis 2020 zusätzlich 0,5 Prozent Tarifsteigerung jährlich gezahlt, für 2017 bereits rückwirkend ab 1. Januar. Außerdem ist für die Jahre 2017 bis 2020 ein sogenannter „Attraktivitätszuschlag“

von insgesamt 2000 Euro je Beamten – egal welcher Einkommensgruppe – vorgesehen. Außerdem ist im Gesetz bereits festgelegt, dass der Tarifabschluss 2019 ebenfalls zeit- und wirkungsgleich übernommen werden wird.

Warum zahlt Brandenburg nicht verfassungskonform?

Die Rot-Rote Landesregierung hat nun zu Gunsten der Beschäftigten vorsorglich reagiert. Bei der Besoldung von Beamten war nicht immer sicher gestellt, dass ihre Vergütung den Leistungen und den Anforderungen im öffentlichen Dienst entsprochen hat. Zum Beispiel wurde eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von 2004 bis 2007 nicht eingehalten. Danach hätte es noch unter der CDU/SPD-Regierung nach 2007 einen Wiederaufbau zuvor gestrichener Sonderzahlungen geben müssen. Und die Rot-Rote-Regierung ab 2009 hätte die Besoldung überprüfen müssen. Das haben wir versäumt und holen dies jetzt so nach.

Lehrerinnen und Lehrern werden besser bezahlt werden ...

Mit dem jetzigen Beschluss des Landtages, der wesentlich auf Drängen der LINKEN zustande gekommen ist, erhalten alle Lehrerinnen und Lehrer mit der Lehrbefähigung für die

Sekundarstufe 1 die Besoldungsgruppe A13, das ist eine Stufe mehr als bisher, und zwar auch rückwirkend ab Januar 2017.

Steht das nicht im Widerspruch zu Beschäftigten, die im öffentlichen Dienst ebenfalls große Verantwortung haben, aber wesentlich geringeres Einkommen?

Man darf die einzelnen Berufsgruppen nicht gegeneinander ausspielen. Klar ist, dass nach den diesjährigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst die Frage der Bewertung und der Wertschätzung der Tätigkeiten neu beantwortet werden muss. Langfristig müssen die Eingruppierungen insgesamt überprüft werden. Mir fallen Justizwachmeister ein, deren Eingruppierung deutlich erhöht werden muss. Unsere Forderung ist auch, dass wir bundesrechtlich zu einem einheitlichen Rahmen mit einer einheitlichen zurückkehren. Es kann einfach nicht sein, dass die Unterschiede in den vergleichbaren Besoldungen zwischen den Ländern und vor allem auch dem Bund inzwischen mehrere hundert Euro betragen.

Tip: Zur Besoldungserhöhung Brandenburg wurde eine Sonderseite eingerichtet, unter der die Erhöhungen ausgerechnet werden können: <http://oeffentlicher-dienst.info/beamte/br>

Rückzahlung von Rückmeldegebühren

OW-Beitrag/bc

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat am 22. Juni entschieden, dass die von Studierenden in Brandenburg gezahlten sogenannten Rückmeldegebühren zurückerstattet werden müssen.

Damit hat das OVG die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Anfang des Jahres nachvollzogen. Schon damals hatte die Brandenburger Fraktion der LINKEN die Auffassung vertreten, dass den Studierenden die Rückmeldegebühren erstattet werden müssen, die sie zwischen 2001 und 2008 unrechtmäßig gezahlt wurden. Dabei handelte es sich um einen Betrag von 51 Euro je Semester. Der tatsächliche Verwaltungsaufwand lag nach Berechnung des Verwaltungsgerichtes Potsdam bei durchschnittlich 20,32 Euro. Ob nun lediglich die Differenz zurückgezahlt wird oder der gesamte Betrag und ob nur die Studierenden diesen zurück erhalten, die Widerspruch eingelegt haben, war Mitte Juli noch nicht zu ersehen.

Seit 2009 ist die Rückmeldegebühr im Übrigen verfassungskonform. „Dennoch setzt sich die LINKE dafür ein, dass ab dem 2. Semester 2018 die Rückmeldegebühren komplett gestrichen werden“, erklärte Fraktionsvorsitzender Ralf Christoffers. „Damit kommen auf die Hochschulen Kosten von etwa 5 Millionen Euro zu, die aus dem Landeshaushalt beglichen werden sollen.“

Bürgerbegehren

OW-Beitrag/bc

Unterschriften gegen die Verwaltungsstrukturreform können nach den Sommerferien gesammelt werden, entschied der Landeswahlleiter. „Es macht Sinn, nicht in den Ferien damit zu beginnen“, unterstützte der Parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion der LINKEN, Thomas Domres.

Tolerantes Brandenburg

OW-Beitrag/aj

Am 16. Juli fand in Eichhorst das diesjährige Schorfheidefrühstück statt, organisiert durch das Aktionsbündnis „Bunte Schorfheide“. Die Veranstaltung zeigte die Gemeinde als weltoffenen und toleranten Ort, an dem rechtsradikales Gedankengut keinen Platz hat. „Auch das Willkommensteam des Bürgervereins Groß Schönebeck leistet eine engagierte Arbeit, um Geflüchtete in das dörfliche Leben einzubinden“, erklärte Landtagsabgeordnete Andrea Johlige (LINKE). Diese Initiative reihte sich in das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ein.

Kitas werden attraktiver

Ab Herbst 2018 ist in Brandenburg das letzte Kitajahr beitragsfrei

OW-Beitrag/bc

Am 10. Juli hat es die Rot-Rote Koalition in Brandenburg beschlossen: Ab Herbst 2018 wird das letzte Kita-Jahr für jedes Kind in Brandenburg beitragsfrei sein.

Im Wahlprogramm der Brandenburger LINKEN ist die Einführung der beitragsfreien Kita als Ziel klar formuliert. „Ein beitragsfreies Jahr ist der Einstieg, um allen Kindern gleichermaßen den Zugang zur Kita zu ermöglichen.“, erklärte der stellvertretende Landesvorsitzende Sebastian Walter.

Strittig war zwischen LINKEN und SPD, ob der Einstieg in die Beitragsfreiheit für das erste oder das letzte Kitajahr beginnen soll. „Beides hat etwas für sich. Die LINKE plädierte für das erste Kitajahr, weil damit ein Einstieg in die Kita ermöglicht wird und Eltern nach der Elternzeit sich oft noch finanziell erholen müssen oder wegen dem Alter der Kinder eventuell erstmal Teilzeit arbeiten. Die SPD beanspruchte das letzte Kitajahr, weil

dort die Vorbereitung auf die Schule beginnt und somit bessere Voraussetzungen für alle Kinder zum Schulbeginn geschaffen werden.“, so Sebastian Walter.

Im Juni haben Landtagsabgeordnete der LINKEN viele Kita-Einrichtungen im Land besucht. Dabei wurde ihnen bestätigt, dass es Fortschritte bei der Qualität der Kitas gibt.

Vor allem ist dies auf den in den vergangenen Jahren stark verbesserten Betreuungsschlüssel zurück zu führen. Insgesamt viermal wurde er durch die Rot-Rote Landesregierung erhöht, von anfangs 1:7 bzw. 1:13 auf künftig 1:5 bzw. 1:11 (Erzieher je Anzahl der Kinder im Krippen- bzw. Kindergartenbereich.) Zudem



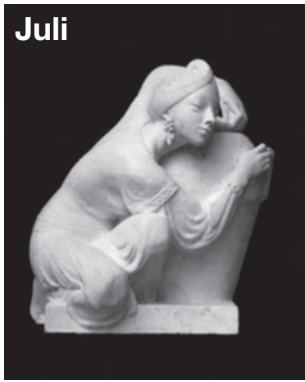
Während der alljährlichen Zuckertütenfeste in den Kitas werden ab 2018 keine Beiträge mehr fällig. Foto: bc

wurden Kitaleiterinnen und -leiter mehr Stunden für diese Tätigkeit zugebilligt. Letztlich hat das Kita-Investitionsprogramm zentrale Wünsche der Träger erfüllt. All diese Qualitätsverbesserungen führen zu einem

Anstieg der Kita-Ausgaben des Landes von 147 Millionen Euro 2009 auf 404 Millionen Euro im Jahr 2018.

Für die LINKE steht weiterhin beides auf der Tagesordnung: „Wir wollen Qualitätsverbesserung und Beitragsfreiheit, beides sind zwei Seiten derselben Medaille“, bekräftigt Sebastian Walter.

Frauen-
geschichte(n)
Simone Veil



Juli

Von Gisela Zimmermann

Simone Veil wurde am 13. Juli 1927 in Nizza geboren. Sie war die Tochter des Architekten André Jacob und wuchs in einer säkular, republikanisch und patriotisch eingestellten Familie auf, die aus kulturellen Gründen stolz auf ihre jüdischen Wurzeln war.

1944 wurde die gesamte Familie von der Gestapo verhaftet. Vater und Bruder kamen von der Deportation nach Litauen nicht zurück. Eine ihrer Schwestern war bei der Résistance und überlebte das KZ Ravensbrück. Simone, ihre Mutter und ihre Schwester Madeleine kamen ins KZ Auschwitz und gingen 1945 auf den Todesmarsch zum KZ Bergen-Belsen. Ihre Mutter starb im März 1945 an der Typhusepidemie, Simone und ihre Schwester wurden in Bergen-Belsen von den britischen Streitkräften befreit.

Sie studierte Jura und gehörte von 1974 bis 1979 den Kabinetten Chiracs und Barres als Gesundheitsministerin an. Sie sorgte für einen erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln und setzte sich sehr engagiert für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein. Ein Gesetz zur Fristenregelung wurde am 17. Januar 1975 durch das französische Parlament angenommen und ist als Loi Veil („Veil-Gesetz“) bekannt.

1979 wurde Simone Veil bei den ersten Europawahlen vom Europäischen Parlament als erste Frau zur Präsidentin gewählt. Zwischen 1993 und 1995 war sie Ministerin für Soziales, Gesundheit und Stadtwesen im Range einer Staatsministerin und von 1998 bis 2007 Mitglied des Verfassungsrates.

2004 sprach Simone Veil anlässlich der Gedenkstunde zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Deutschen Bundestag. 2008 wurde Veil zum Mitglied der Académie française gewählt. Sie erhielt zahlreiche Ehrungen, unter anderem 1981 den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen.

Simone war mit Antoine Veil verheiratet und hatte drei Söhne mit ihm. Am 30. Juni 2017 starb sie in Paris.

Rote Karte gegen Rechtspopulismus

Viele Bernauerinnen und Bernauer wollen in Toleranz miteinander leben



Die „Rote Karte gegen Rechtspopulismus“ zeigen, dazu rief das Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit zum 15. Juli auf, um gegen den Antisemitismus der AfD ein deutliches Zeichen zu setzen. Da aber nur wenige Menschen deren Aufruf auf den Bernauer Markt gefolgt waren, wurde das „Pressefest der kleinen Zeitungen“ genutzt, um zu zeigen, dass viele Menschen in Bernau in Weltoffenheit leben möchten. Dazu passte die Klezmer-Musik der Gruppe „manifest“ um den Bundestagsabgeordneten Harald Petzold (LINKE, im Zelt stehend) hervorragend.

Bereits am 14. Juni zeigten viele Bernauerinnen und Bernauer, dass die Demo „Gegen die Islamisierung ...“ nicht die Meinung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt widerspiegelt. Wir wollen eine friedliche und tolerante Welt“, erklärte Kerstin Kühn, Kandidatin der LINKEN für den Bundestag (3.v.l.), die – neben vielen anderen Mitgliedern der LINKEN – beide Veranstaltungen unterstützte. Foto: bc

Gewinner der Juni-/Juliausgabe: B. Mierau, das Lösungswort der Juni-/Juli-Ausgabe lautete: Petzold;

Lösungswort dieser Ausgabe: die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – eine erfolgreiche Leichtathletin aus Bernau, die beim Pressefest zu Gast war; **bis zum 30. August 2017** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de;

Preis dieser Ausgabe: Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Preisrätsel

Waagrecht: 1. Haustierstall, 4. Versammlungsraum an Schulen, 7. Tonzeichen, 10. Nachlassempfängerin, 11. selbstst. Entwicklung, 15. Brillenbehältnis, 16. Weinbrandmarke, 17. altes dt. Längemaß, 19. dt. Popsängerin, geb. 1960, 21. blütenlose Wasserpflanze, 24. Farbsystem, 26. Religionsstifter (216-276), 27. Kochstelle, 29. schweizer. Fluss, 31. Nebenfluss d. Elbe, 32. schweizer. Mathematiker (1707-1783), 33. drittgrößter See Finnlands, 35. Begrenzung, 37. brit. Schriftsteller (1904-1991), 40. arab. Fürstentitel, 42. fetthaltige Frucht, 44. männl. tatar. Vorname, 46. Herr, 47. Hauptstadt Massachusetts, 51. nord. Hirsch, 53. myst. Mischwesen, 56. Regelmäßigkeit, 57. Hauptst. Schleswig-Holsteins, 59. lat.: also, 60. Gezeit, 61. angelsächs. Bauernhof, 62. pazif. Atoll, 64. inhaltslos, 66. Ausweglosigkeit, 69. weibl. Form des Herrschertitels Raja, 72. Blumengefäß, 74. Alkoid d. Teeblätter, 75. Hansestadt in Sachsen-Anhalt, 78. Nachkomme, 79. Balkangebirge, 80. Ölfrucht, 81. weibl. Mitglied christl. Ordensgemeinschaften

Senkrecht: 1. Gegenteil von groß, 2. Kurve, 3. Tonintervall, 4. estn. Gemeinde im Kreis Pärnu, 5. dem Wind abgewandte Seite, 6. männl. Vorname, german. Herkunft, 7. Gewässerdurchlass im Deich, 8. Eingabetaste, 9. Luftgeist b. Shakespeare, 12. holländ. Käsesorte, 13. vegetationsarme Region i. Südamerika, 14. Vorderteil d. Schiffsrumpfs, 18. ital. Schauspielerin, geb. 1934, 20. Schwung, Begeisterung, 22. tabellar. Aufstellung, 23. eisern, 25. Mitglied einer vor allem türk. Glaubensrichtung, 28. dt. Rechtschreibung, 29. Gebirge in Niger, 30. altdt. männl. Vorname, 34. Gartenschau, 36. dän. Insel, 38. Amtsbekleidung, 39. Gefrorenes, 41. Künstler, 42. Behälter, 43. formbare Masse, 45. schmal, 48. Verwandter, 49. Abstand zur Oberfläche, 50. außerird. Flugobjekt (Abk.), 52. Daseinsform, 55. altruss. Kiewer Fürst, 58. Raupe, 62. Lebensjahre, 63. Regenpfeiferart, 65. german. Gottheit, 67. Nebenfluss d. Donau, 68. Figur aus d. Sesamstraße, 70. weibl. Vorname, 71. Stachteltier, 73. skandinav. Längenmaß, 76. Biersorte, 77. dt. Normungssystem

1		2		3		4		5	6		7	8		9
									10					
11				12		13		14			15			
				16					17	18				
19	20					21	22		23				24	25
				26					27			28		
29		30				31					32			
33				34					35	36				
				37	38			39			40	41		
	42		43						44	45				
46						47	48		49					50
				51	52					53	54		55	
56						57			58		59			
				60					61					
62		63				64	65				66	67		68
				69	70					72	73			
74						75	76		77					
				78										
79						80					81			